

GÖD

Gesundheitsgewerkschaft





VORWORT

**Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister!
Sehr geehrte Landeshauptleute, Landesgesundheits- und Landespflegereferent:innen!**

DIE GEDULD UNSERER KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IST AM ENDE!

Die Menschen, die in den Bereichen Gesundheit und Pflege täglich ihr Bestes geben, erwarten sich von einer verantwortungsvollen Politik endlich Lösungen für ihre Probleme, die täglich größer werden. In den Kliniken und Pflegezentren aller Bundesländer geben täglich Mitarbeiter:innen aus den verschiedensten Berufen ihren Abschied aus dem Betrieb bekannt. Manchmal komplett, manchmal auf Raten – sie reduzieren ihre Arbeitszeit, um dem täglichen Druck, der auf ihnen lastet, besser standhalten zu können. Am sichtbarsten ist das zwar in den Bereichen Medizin und Pflege, aber die Lücken sind viel größer. Auch in den vielen weiteren Professionen sehen wir, dass bei weitem nicht alle Stellen besetzt werden können.

Von Mai bis September 2023 hat sich die Zahl der Bettensperren, die auf den latenten Personalmangel zurückzuführen sind, um fast ein Viertel erhöht. Am 22. September sind 3.442 Klinikplätze nicht für die Versorgung zur Verfügung gestanden. Das ist weit mehr als die Uni-Kliniken Innsbruck und Graz (und ein durchschnittliches Landkrankenhaus) gemeinsam an Betten haben. Ähnlich sieht es in den Pflegezentren aus. Es ist hier leider für uns unmöglich, seriöse Erhebungen durchzuführen, das könnten unsere Mitarbeiter:innen im Büro nicht leisten – und evidente Zahlen von Behörden gibt es nicht. Auch das zeigt, wie unzureichend dieses System in Österreich aufgestellt ist.

Was wir sicher wissen: dass wird nicht mehr lange so weitermachen können! Auch Sie, liebe Politikerinnen und Politiker haben das Gesundheits- und Pflegesystem in diese Lage manövriert. Jetzt haben Sie auch die Pflicht, die tägliche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wieder erträglicher zu gestalten. Die beinahe täglichen Medienberichte vom Gezerre um den Finanzausgleich können die Menschen in den Kliniken nicht mehr hören, wenn sie gleichzeitig zum x-ten Mal einspringen und nicht mehr wissen, wie sie über den Tag oder die Nacht kommen sollen, weil Personal fehlt und man zu Beginn des Dienstes schon weiß, dass man bis

zum Ende des Dienstes die Routinearbeiten nicht schaffen wird.

„MAN HAT UNS EINE KERNKOMPETENZ GENOMMEN, DIE MENSCHLICHKEIT!“

Die Flucht aus den Berufen hat auch eine zutiefst ethische Komponente. In vielen persönlichen Gesprächen in den letzten Monaten habe ich wahrgenommen, dass die tägliche Arbeitsverdichtung und die damit verbundene, empfundene Fließbandpflege und medizinisch-diagnostische Betreuung den Kolleginnen und Kollegen extrem zusetzt. Weil es kaum mehr möglich ist, auch auf die Bedürfnisse der Patienten und Patientinnen sowie der Bewohner:innen, was die Themen Zuwendung und Menschlichkeit betrifft, einzugehen. Es gibt keine Zeit mehr für Gespräche, für die Begleitung in schwierigen Lebenssituationen, auch nicht in den letzten Stunden, die ein Leben hat. Dieser Umstand nagt nicht nur an den Patienten und Patientinnen, sondern in großem Ausmaß auch an denjenigen, die deshalb in diese Berufe gegangen sind!

Und wir kennen alle die Phrasen, die aus den politischen Mündern kommen, wenn es zu repräsentieren gilt. Von „Berufung nicht Beruf“ ist die Rede und von „unschätzbaren Leistungen für die Gesellschaft“, weil man bestimmte Berufe ausgewählt hat. Auch das können unsere Kolleginnen und Kollegen nicht mehr hören. Sie brauchen keine schönen Worte der Verantwortungsträger als Wertschätzung, viel wichtiger wäre es, die dafür notwendigen Handlungen dazu zu sehen. Und hier sind Sie säumig, das kann ich Ihnen sagen. Es braucht dringend Verbesserungen, damit die Kolleginnen und Kollegen ihrer Arbeit wieder in Würde und nach den entsprechenden ethischen Grundsätzen nachkommen können – sich nicht am Ende des Dienstes mit schlechtem Gewissen auf den Heimweg machen zu müssen, wissend, dass wieder viel Arbeit für die nächste Schicht liegen geblieben ist, weil es sich einfach nicht mehr ausgeht!

Die Gewerkschaften youunion – Team Gesundheit und die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft vertreten gemeinsam die rund 150.000 Beschäftigten in den Landes-, Gemeinde- und Bezirkskliniken sowie den Langzeitpflegeeinrichtungen, deren Trägerchaft bei Ländern, Bezirken und Gemeinden/Gemeindeverbänden österreichweit liegt. Wir haben gemeinsam im Jahr 2022 Proteste organisiert, die

zehntausende Kolleginnen und Kollegen in allen Bundesländern mitgetragen und dabei laut und deutlich klar gemacht haben, dass die Lage sehr ernst ist. Das daraus entstandene Pflegepaket war mit uns weder verhandelt noch akkordiert! Hätten die Verantwortlichen mit den Gewerkschaften geredet, hätte man schon im Vorfeld feststellen können, dass z. B. das EEZG (also die Pflegegehalts-erhöhung, von der am meisten der Finanzminister profitiert hat) in der vorliegenden Form eigentlich untauglich ist. Ein Dialog mit den Sozialpartnern kann auch der Politik einen neuen Blickwinkel verschaffen, um vorhandene Mittel effizienter zu verwenden als die versenkten 570 Millionen Euro für ein EEZG, das letztendlich keine Wirkung gezeigt hat und jetzt mit allen Unzufriedenheiten fortgesetzt wird. Wir sehen uns in einer Situation, in der sich die Lage für unsere Kolleginnen und Kollegen in unserem Betreuungsbereich noch einmal dramatisch verschlechtert hat. Die präsentierten Zahlen belegen dies eindeutig!

„AUCH DIE BEVÖLKERUNG LEIDET, DIE WARTEZEITEN SIND LANG!“

Diese sehr angespannte Situation verlangt auch der Bevölkerung sehr viel ab. Es steht sowohl im klinischen wie auch im pflegerischen Setting nicht mehr ausreichend Leistung zur Verfügung. Lange Wartezeiten auf Operationen, geplante Behandlungen und Plätze in Pflegezentren sind die Folge. Gleichzeitig werden in den Kliniken Betten mit sogenannten „Langzeitliegern“ blockiert, die zwar im Krankenhaus austherapiert sind, für die es aber keinen Platz mit entsprechender Nachversorgung gibt, weil es eben die Heimplätze wie auch die notwendigen Ressourcen in der extramuralen Versorgung nicht gibt!

Wir von den Gewerkschaften sehen uns daher dazu gezwungen, die Weichen für weitere Maßnahmen zu stellen. Es muss noch einmal klar gemacht werden, dass es im Rahmen des Finanzausgleichs nicht nur einen Zukunftsfond braucht, sondern auch Rege-

lungen für die Gegenwart. Nämlich dringend spürbare Entlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken und Pflegezentren, die jetzt dort arbeiten und täglich ihr Bestes geben. Wir haben dazu vor dem Sommer einen Fünf-Punkte-Plan auf den Tisch gelegt, der dem zuständigen Minister nicht einmal eine Antwort wert war.

Wir beginnen mit dieser Weichenstellung für die zukünftige Versorgung unmittelbar mit dieser Ausgabe des Magazins der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft, es befindet sich darin der Link zu einer Mitgliederbefragung im Heft!

Herzlich Ihr



Reinhard Waldhör
Vorsitzender der
GÖD-Gesundheitsgewerkschaft
gesundheitsgewerkschaft@goed.at

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
20.11.2023**



IMPRESSUM

„GÖD Gesundheitsgewerkschaft“ ist die Zeitschrift der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Medieninhaber und Verleger: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH., Teinfaltstraße 7, 1010 Wien. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Reinhard Waldhör, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel.: 01/53454-218, E-Mail: gesundheitsgewerkschaft@goed.at. Konzeption, Redaktion, Produktion: Modern Times Media Verlagsges.m.b.H., Lagergasse 6/2/35, 1030 Wien, Tel.: 01/513 15 50. Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wienerstraße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken muss. ©GÖD – Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Text und Design des vorliegenden Druckwerks sind urheberrechtlich geschützt. Jeder Missbrauch wird geahndet.

Fünf-Punkte-Plan

GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und youunion – Team Gesundheit fordern bundesweite Entlastungsmaßnahmen. Von Reinhard Waldhör

Angesichts der bundesweiten Probleme im öffentlichen Gesundheitswesen haben die Gewerkschaften aller Bundes-, Landes- und Gemeindebediensteten im Gesundheitsbereich, GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und youunion – Team Gesundheit, eine bundesweite Allianz für das öffentliche Gesundheitswesen gebildet. Sie fordern von der Bundesregierung ein rasches und entschlossenes Handeln, um das Ausbrennen des öffentlichen Gesundheitswesens in Österreich zu verhindern.

„Wir haben bereits im April einen Spitalsgipfel gefordert, doch die Bundesregierung versucht beharrlich, die zahlreichen, noch immer ungelösten Probleme zu ignorieren. Ob in den Landeskliniken oder in den Pflegehäusern, in allen Bundesländern fehlen quer durch alle Berufsgruppen Fachkräfte“, so Reinhard Waldhör, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft.

In dieselbe Kerbe schlägt Edgar Martin, Vorsitzender von youunion – Team Gesundheit: „Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in über einhundert Berufsgruppen braucht es endlich faire Lösungen. Der systematischen Überbelastung der Beschäftigten im Gesundheitsbereich muss rasch entgegengewirkt werden, sonst droht dem öffentlichen Gesundheitssystem bundesweit ein Burnout“, betont Martin den Ernst der Lage.

GEWERKSCHAFTEN MAHNEN BUNDESWEITEN GESUNDHEITSGIPFEL EIN

Aus diesem Grund stellten die beiden Gewerkschaften im August 2023 ein bundesweites Forderungspaket für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich vor. Damit einhergehend bekräftigten sie ihre Forderung nach einem bundesweiten Gesundheitsgipfel und appellierten eindringlich an Bund und Länder, die anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen zu nutzen, um „die dringlichsten Verbesserungen noch heuer unter Dach und Fach zu bringen“. Das Forderungspaket im Detail:

- **Konsequente Anpassung der Leistungen an den Personalstand.** Um die Vertreibung von Fachkräften zu stoppen, muss die systematische Überlastung der Beschäftigten rasch beendet werden. Zuverlässige Dienstpläne sind unerlässlich, damit das bestehende Personal im Gesundheitsbereich nicht weiter ausbrennt. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, dass es in allen Gesundheitseinrichtungen zu einer realistischen und transparenten Anpassung der Leistungen an den tatsächlichen Personalstand kommt.
- **Steuerfreiheit ab der 32. Wochenstunde.** Der Gesundheitsbetrieb muss rund um die Uhr laufen. Viele Beschäftigte des öffentlichen Gesundheitssystems entscheiden sich für Teilzeitarbeit, unter den Pflegekräften tut das mehr als die Hälfte. In Summe fehlen dem System damit rund eine Million Arbeitsstunden pro Woche, was einem Vollzeitäquivalent von 26.000 Beschäftigten entspricht. Damit der aktuelle Personalmangel unter diesen Voraussetzungen nicht zur weiteren (Selbst-)Ausbeutung der Beschäftigten führt, muss Mehrarbeit in systemrelevanten Betrieben finanziell deutlich aufgewertet werden. Die Steuerfreiheit ab der 32. Wochenstunde ist dabei ein wichtiger Anreiz, um kurzfristig Engpässe ausgleichen zu können, bis neues Personal gewonnen und ausgebildet werden kann. Sie würde Teilzeitbeschäftigte motivieren, ihre Stundenzahl (auch vorübergehend) zu erhöhen und gleichzeitig jene belohnen, die bereits Vollzeit arbeiten.
- **Anstellung aller Auszubildenden.** Um rasch den dringend benötigten Nachwuchs im Gesundheitsbereich sicherzustellen, braucht es entsprechend attraktive Ausbildungsangebote. Eine existenzsichernde Anstellung aller Auszubildenden im Gesundheitsbereich beseitigt bestehende Eintrittsbarrieren, schafft zusätzliche Anreize und sorgt überdies dafür,

dass neues Personal nach dem Abschluss einer Ausbildung nahtlos übernommen werden kann. Damit einhergehend muss es auch eine finanzielle und zeitliche Aufwertung der Ausbilder:innen in Theorie und Praxis geben. Die Mittel dafür soll der Bund über den Finanzausgleich bereitstellen.

- **Schwerarbeiterregelung für alle Beschäftigten.** Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste sind im Gesundheitsbereich nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Um rasch zusätzliche Anreize für die – sowohl physisch als auch psychisch anspruchsvolle – Arbeit in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen zu schaffen, ist die Schwerarbeiterregelung auf alle Berufsgruppen in diesem Bereich auszuweiten und die Zugangsvoraussetzung auf eine stundenweise, statt tägliche Betrachtung pro Monat umzustellen.
- **Stufenweise Senkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden.** Um einerseits neue Arbeitskräfte zu gewinnen und andererseits Burnouts, gesundheitsbedingte Frühpensionierungen sowie eine Abwanderung aus dem Gesundheitsbereich zu verringern, braucht es kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich. Aus diesem Grund soll die Wochenarbeitszeit im Gesundheitsbereich in zwei Schritten von 40 auf zuerst 37,5 und letztlich 35 Stunden gesenkt werden. Nachdem die tatsächliche Arbeitszeit im Gesundheitsbereich österreichweit im Schnitt bei 31,8 Stunden liegt, würde diese Maßnahme die Personalkapazitäten letztlich erhöhen.

FINANZAUSGLEICHVERHANDLUNGEN ALS NAGELPROBE

Aus Sicht der bundesweiten Gewerkschaftsallianz seien die anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen „eine Nagelprobe für die Politik“, die zeigen werde, „ob die Verhandler den Ernst der Lage endlich begriffen haben und bereit sind, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die aktuelle Misere in den Griff zu bekommen“, so Waldhör. Die bisherigen Ankündigungen dazu sind laut Waldhör „unzureichend“: „Das angebliche Zehn-Milliarden-Paket für den Gesundheitsbereich entpuppt sich als Mogelpackung. Da wurden laufende Programme wie

der Pflegeregress oder die Community Nurses mit eingerechnet, allein der bereits bestehende Pflege-Entgeltzuschuss macht 1,5 Milliarden des Pakets aus.“ Laut dem derzeitigen Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), seien von den zehn Milliarden Euro lediglich 473 Millionen pro Jahr „frisches Geld“.



Achtung Gesundheit!

Die Situation im Gesundheitsbereich ist in der Steiermark wie auch europaweit derzeit angespannt – eine Verbesserung ist in nächster Zeit leider nicht in Sicht.

Ganz im Gegenteil, es steht der Pensionsschub durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben erst am Beginn. Vor diesem demographischen Hintergrund hat uns in Österreich und in der Steiermark die Corona-Pandemie hart getroffen. Durch die massive Arbeitsverdichtung und den erhöhten Arbeitsaufwand haben sich die strukturellen und organisatorischen Schwächen verstärkt bemerkbar gemacht. Um dies aufzuzeigen, hat die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft die erfolgreiche gewerkschaftsübergreifende Aktion „5 nach 12“ ins Leben gerufen. Der steirische Beitrag dazu war die Idee und Umsetzung eines „Walk outs“ an allen Krankenhausstandorten unter dem Credo „Taten statt Worte“, welcher auch von der Bundes-GÖD-Gesundheitsgewerkschaft erfolgreich übernommen wurde. Allein am Universitätsklinikum Graz nahmen daran über 1.000 Kolleginnen und Kollegen teil und wir erreichten bundesweit eine sehr hohe mediale Aufmerksamkeit. Weiter gesteigert konnte diese werden durch die Aktionen der Landesleitung der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft in Zusammenarbeit mit allen anderen steirischen Gewerkschaften, einer Plakatstraße in der Herrengasse in Graz sowie einen Protestmarsch durch die Grazer Innenstadt unter dem Motto „Achtung Gesundheit“. Zuletzt wurden im Mai 2023 die medial sehr wirksame Protestaktion „wir sind sauer“ gewerkschaftsübergreifend durchgeführt.

NOTWENDIGE REFORMVERHANDLUNGEN

Durch das gemeinsame Auftreten aller Gewerkschaften in der Steiermark (GÖD, GPA, vda, yo-union) konnte bei allen Aktionen eine gute Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht werden und entsprechend Druck auf den Dienstgeber aufgebaut werden, mit uns in Reformverhandlungen zu



Dr. Michael Tripolt,
Landesvorsitzender der
GÖD-Gesundheitsgewerkschaft Stmk

treten. Mit Jänner 2023 wurde von Seiten der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft Steiermark eine Verhandlungsaufforderung an das Management der Steiermärkischen KAGes und dem Eigentümer, dem Land Steiermark, übermittelt, unverzüglich Reformverhandlungen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung für alle Gesundheitsberufe aufzunehmen. Nach schleppendem Beginn mit kleineren vorweggenommenen Maßnahmen wie Erhöhung der Rufbereitschaftsentlohnung konnte im Juni ein großes Reformpaket sozialpartnerschaftlich abgeschlossen werden, mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 130 Millionen Euro.

ERSTE TEILERFOLGE

Dieses Paket umfasst neben allen Pflegeberufen und Ärzten auch die Regelung der Vordienstzeiten für den Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich. Für alle Berufsgruppen kommt es zu einer deutlichen Erhöhung des Entgeltes im zweistelligen Prozentbereich. Weiters kommt es zu einer Ausweitung und Erhöhung der Spezialisierungszulagen für alle Sonderausbildungen. Im Bereich der Arbeitsentlastung wurde eine Begrenzung der maximalen Nachtdienstanzahl für ältere Kolleginnen und Kollegen durchgesetzt.

Ein betriebsinternes Modell der geblockten Altersteilzeit konnte ebenfalls ausverhandelt werden. Für die medizintechnischen Berufe und Hebammen wurden eigene Karriere- und Zulagenmodelle erarbeitet.

Der Dienstgeber hat sich verpflichtet, die Pflegedokumentation mit dem Ziel der Reduktion gemeinsam zu durchforsten. Insgesamt ist es das größte jemals in der Steiermark verhandelte Mitarbeiter:innen-Paket, das nur aufgrund der Hartnäckigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft Steiermark zur Umsetzung gelangt ist. ●

Protestaktion gegen Ausbrennen des Gesundheitswesens

Neue Berechnungen zeigen: Zahl der offenen Stellen und gesperrten Spitalsbetten seit Mai nochmals deutlich gestiegen. GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und younion – Team Gesundheit protestierten vor dem Gesundheitsministerium. Von Reinhard Waldhör

Mit einer überdimensionalen Streichholzschachtel als Symbol für das drohende „Ausbrennen des Gesundheitswesens“ protestierten die Gewerkschaften aller Bundes-, Landes- und Gemeindebediensteten im Gesundheitsbereich, GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und younion – Team Gesundheit, am Freitag den 22. September vor dem Gesundheitsministerium. Sie forderten den Gesundheitsminister auf, endlich wirksame Maßnahmen gegen den Personalmangel einzuleiten und betonten abermals die Notwendigkeit eines bundesweiten Gesundheitsgipfels.

NEUE ZAHLEN

Dabei präsentierten die Gewerkschaften neue Berechnungen zur wachsenden Personallücke im Gesundheitsbereich. Bundesweit fehlen in den Landes-, Gemeinde- und Bezirkskliniken insgesamt 3.369 Pflegekräfte, was einem Anstieg um 19,2 Prozent im Vergleich zum Mai dieses Jahres entspricht. Bei den Ärztinnen und Ärzten sind aktuell 986 Stellen unbesetzt. Dementsprechend mussten auch mehr Spitalsbetten gesperrt werden, die Zahl wuchs seit Mai – also in weniger als einem halben Jahr – um 24 Prozent auf 3.442 Betten. „Diese Zahlen zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Lösungen wie unser Fünf-Punkte-Plan liegen auf dem Tisch, doch die politischen Verantwortlichen ignorieren alle Warnzeichen. Darum sehen wir uns zu dieser Protestaktion gezwungen“, so Edgar Martin, Vorsitzender der younion – Team Gesundheit. Reinhard Waldhör, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft, fügt hinzu: „Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind am Ende und viele sehen keinen anderen Ausweg mehr, als ihren Beruf zu verlassen. Um diese Dynamik noch einzufangen,

braucht es bundesweit abgestimmte Gegenmaßnahmen auf allen Ebenen. Schon allein deshalb muss endlich ein nationaler Gesundheitsgipfel einberufen werden.“



Die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft (Reinhard Waldhör, o. re.) und younion – Team Gesundheit (Edgar Martin, o. li.) fordern einen nationalen Gesundheitsgipfel. Eine Streichholzschachtel als Symbol für das Ausbrennen des Gesundheitswesens.

Gemeinsam für eine gute Gesundheitsversorgung: Du bist gefragt!

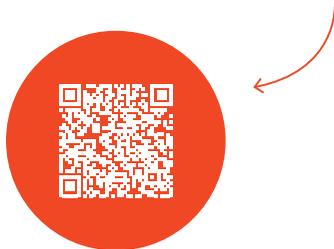
Mach mit bei unserer Mitglieder-Befragung.
Wir wollen wissen, wie du dich aktuell bei deiner
Arbeit fühlst!

Warum wir Dich brauchen: Unsere Gesundheitsversorgung befindet sich in einem kritischen Zustand! Es mussten bereits österreichweit hunderte Betten gesperrt werden. Die Hauptursache ist der aktuelle und weiter zunehmende Personalmangel. Zudem herrscht, für die aktuellen Mitarbeiter:innen, ein enormer Leistungsdruck.

Warum machen wir diese Befragung? Mit Deiner Teilnahme an der Befragung können wir weiter Druck auf die Verantwortlichen aufbauen, um unsere Arbeitsbedingungen und damit die Gesundheitsversorgung in Österreich nachhaltig zu verbessern.

Die Befragung erfolgt absolut anonym: Wir erheben keine personenbezogenen Daten. Demographische Angaben unterstützen uns bei der detaillierten Analyse. So können wir Deine Antworten besser einordnen und Zusammenhänge besser verstehen.

Jetzt mitmachen – es dauert nur 5 Minuten!



Telefonische Adressenberichtigung: 01/534 54-139

Österreichische Post AG • MZ 17Z040987 M • GÖD, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien • nicht retournieren

Name _____

Straße _____ Nr. _____

Postleitzahl _____ Ort _____